

Vorlage Nr.: 2026/0491

Eingang: 16.06.2026

Kommunales Bildungsmonitoring in Karlsruhe

Antrag: GRÜNE

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	28.07.2026	42	Ö	Kenntnisnahme
Schulausschuss	11.11.2026		Ö	Behandlung

1. Die Stadtverwaltung prüft, ob die Einführung eines strukturierten datengestützten kommunalen Bildungsmonitorings (DKBM) für die Stadt Karlsruhe sinnvoll und umsetzbar ist, und stellt die Ergebnisse dieser Prüfung im Schulausschuss vor.
2. Die Prüfung soll insbesondere eine Bestandsaufnahme, einen interkommunalen Vergleich, mögliche Schnittstellen, Fördermöglichkeiten und einen Ausblick auf mögliche nächste Schritte umfassen.

Begründung/Sachverhalt

Ein kommunales Bildungsmonitoring schafft die Voraussetzung für eine evidenzbasierte Bildungspolitik. Es ermöglicht der kommunalen Steuerung, Bildungsungleichheiten frühzeitig zu erkennen, Ressourcen gezielt einzusetzen und die Wirksamkeit von Maßnahmen zu überprüfen. Karlsruhe beteiligt sich seit 2011 am Landesprogramm Bildungsregionen – ein wertvolles Kooperationsnetzwerk, aber kein Monitoring-Instrument. Ein datengestütztes kommunales Bildungsmonitoring geht weiter: Es erfasst Bildungsdaten entlang aller Lebensphasen einschließlich der Übergänge (Kita, Schule, Beruf, Weiterbildung) und macht Entwicklungen über die Zeit vergleichbar. Um gezielt handeln zu können, braucht die Stadt ein ganzheitliches Kennzahlen-Monitoring, das die gesamte Bildungskette abbildet: Wo gelingt Bildung gut? Wo gibt es strukturelle Lücken? Welche Stadtteile oder Gruppen werden abgehängt? Auf diese Fragen gibt es in Karlsruhe bislang keine koordinierte Antwort.

Bundesweit haben zahlreiche Kommunen gezeigt, dass der Aufbau eines DKBM mit überschaubarem Aufwand gelingt, insbesondere wenn Förderprogramme genutzt werden. Das Konsortium Bildungsmonitoring aus Statistischem Bundesamt, Statistischem Landesamt Baden-Württemberg und Deutschem Institut für Erwachsenenbildung bietet zudem kostenlose Beratung und Daten - einschließlich eines erprobten Indikatorensets für den kommunalen Bildungsbericht, das Kommunen direkt übernehmen und das interkommunale Vergleiche ermöglicht.

Bei der Prüfung geht es den Antragsteller*innen insbesondere um diese Fragestellungen:

- Bestandsaufnahme:

Welche Bildungsdaten werden in Karlsruhe bereits systematisch und regelmäßig erhoben, von welchen Stellen?

Welche Indikatoren werden erfasst und in welchem Turnus wird berichtet?

In welcher Form werden sie für politische Steuerungsentscheidungen genutzt oder veröffentlicht?

Gibt es bereits eine umfassende Bildungsberichtsstruktur? oder eher bezogen auf bestimmte Zielgruppen und Teilbereiche, standortbezogen und themenspezifisch, punktuell?

- Vergleich:

Welche Erfahrungen (z.B. Aufwand und Nutzen) haben vergleichbare Kommunen in Baden-Württemberg (z. B. Freiburg, Mannheim, Stuttgart) mit dem kommunalen Bildungsmonitoring gemacht?

Welche Daten sind wichtig, um eine interkommunale Vergleichbarkeit zu schaffen?

- Schnittstellen:

Wie ließe sich ein Bildungsmonitoring mit bestehenden Planungsinstrumenten (Schulentwicklungsplanung, Jugendhilfeplanung, Sozialplanung, Bildungsregion Karlsruhe, Transparenzportal, Daten-BW) bzw. anderen Politikbereichen verknüpfen?

- Fördermöglichkeiten:

Welche Förderprogramme stehen zur Verfügung – insbesondere das ESF Plus-Programm "Bildungskommunen" des BMBF – und erfüllt Karlsruhe die Voraussetzungen zur Teilnahme?

- Aufwand und Ressourcen:

Für welche Daten(sätze) sieht die Verwaltung die Einführung eines Bildungsmonitorings für Karlsruhe als sinnvoll und umsetzbar an?

In welchem Zeitrahmen und mit welchem personellen und finanziellen Aufwand wäre ein solches System aufzubauen?

- Empfehlung:

Welche konkreten nächsten Schritte schlägt die Verwaltung auf Basis der Prüfung konkret vor?

Die grüne Fraktion sieht in einem kommunalen Bildungsmonitoring die wesentliche Grundlage für die strukturelle Verankerung von Bildung und für die weitere Qualitätsentwicklung in Kitas und Schulen. Vor allem eröffnet sich hier eine Chance für Karlsruhe, Bildungsgerechtigkeit als eine Kernaufgabe kommunaler Politik, nicht nur als Ziel zu benennen, sondern auch messbar zu machen und politisch einzufordern.

Unterzeichnet von:

Dr. Iris Sardarabady

Jorinda Fahringer

Bernd Belschner

Ivo Dujmović

Dr. Sonja Klinkgert

Verena Anlauf